

Johannes Schillo

Caritas, Veritas et Globalisatio

Zur neuen Sozialenzyklika

Seit dem Sommer ist, mit zweijähriger Verzögerung, die Sozialenzyklika »Caritas in veritate« von Benedikt XVI. auf dem Markt der Meinungen präsent. Hier ein Streiflicht auf die neue Positionsbestimmung

Die Politik bezog sich wie zu erwarten strategisch auf die Papstäußerung – von der CDU bis zur Linkspartei. Jeder suchte sich Passendes heraus oder machte Zitate passend. Auf einem anderen Blatt steht die öffentliche Kommentierung: »Katholisches Selbstgespräch« und »hermetischer« Text (FAZ), seltene »Weltfremdheit« (SZ), »kein großer Wurf« (Bonner General-Anzeiger) lauteten typische Kritikpunkte. Doch da mag auch die illusorische Erwartung mitgespielt haben, der Papst werde den Weg aus der wirtschaftlichen Misere weisen – und man brauche ihm nur zu folgen. Demgegenüber betonte Erzbischof Marx: »Konkrete Lösungsvorschläge sind in einer Enzyklika nicht zu erwarten.« (FAZ-Interview, 10.7.2009)

Die Tradition

Anknüpfungspunkt Benedikts ist, dem Brauch katholisch-sozialer Traditionsbindung folgend, die Enzyklika »*Populorum progressio*« (1967) von Paul VI. Diese Schrift bedeutete eine mar-

kante Positionierung im damaligen Kalten Krieg zwischen West und Ost und angesichts des eskalierenden Nord-Süd-Konflikts. Für die Befreiungsbewegungen und jungen Nationalstaaten der Dritten Welt war sie eine Ermutigung, im Ostblock wurde sie als die kirchliche Stellungnahme mit den »meisten progressiven Aussagen«, z.B. der Brandmarkung der »Praktiken des imperialistischen Neokolonialismus«, gewürdigt (Philosophisches Wörterbuch der DDR, 1970). Bezeichnenderweise erinnerte Bischof Marx im Gespräch mit der FAZ daran, dass diese Zeitung damals »einen Hauch von Marxismus durch die Kirche wehen« spürte.

Von einem solchen Hauch ist nichts geblieben. Natürlich verleugnet die Enzyklika »*Caritas in veritate*« nicht die Tradition, die in »*Rerum novarum*« von Leo XIII. 1891 ihren ersten signifikanten und viel beachteten Ausdruck fand. Sie greift auf zahlreiche Dokumente früherer Päpste zurück und kann, wie der DBK-Vorsitzende, Erzbischof Robert Zollitsch, erklärte, als »ein bedeutender Schritt in der Fortschreibung der Katholischen Soziallehre« verstanden werden. Und der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, hob hervor, dass sie »ein weites Panorama der gegenwärtigen Menschheitsproble-

me« umreißt und diesen »die Grundsätze und Angebote der katholischen Soziallehre« gegenüberstelle.

Ein gewisses Unverständnis der Öffentlichkeit anlässlich der jüngsten Sozialenzyklika geht wohl auf das generelle Missverständnis zurück, hier schreibe ein unabhängiger Autor, der sich mit Zeitfragen auseinandersetze und das Ergebnis seiner Überlegungen in den öffentlichen Diskurs einbringe – und der dann an den Kriterien der Originalität oder Aktualität zu messen sei. Dem ist nicht so. Der Papst verwaltet einen Traditionsbestand und versucht dabei neue Zugänge und Zeitbezüge herzustellen. Dass auf diese Weise nichtsdestotrotz Verschiebungen und Veränderungen erfolgen, soll im Folgenden an einer Argumentationslinie der neuen Enzyklika verdeutlicht werden.

Der Markt

Die neue Enzyklika ist eine unverhohlene Apologie des Marktes – und in dieser Form ein Novum im Korpus der autoritativen kirchlichen Texte. »Es muss die Sichtweise jener als unrichtig verworfen werden, nach denen die Marktwirtschaft strukturell auf eine Quote von Armut und Unterentwicklung angewiesen sei, um bestmöglich funktionieren zu können«, heißt es zu Beginn des dritten Kapitels (Nr. 35). Unverkennbar wird hier auf den Marxismus angespielt, der sonst in der Enzyklika keine Rolle spielt. Während Bischof Marx in der deutschen Debatte seinem Gegenspieler Karl Marx gewissermaßen ein ganzes Buch gewidmet hat (s.u.) und darin gerade von der Aktualität der Marxschen Kritik



Johannes Schillo ist freier Journalist im Bereich Bildung / Kultur und als Redakteur für die Fachzeitschrift »Praxis Politische Bildung« tätig.

der politischen Ökonomie ausgeht, ist für Benedikt der Marxismus samt der davon inspirierten Kritik an Neoliberalismus oder Globalisierung ein erledigter Fall. Während der deutsche Erzbischof die »totalitäre« Entwicklung und das Scheitern des realen Sozialismus nicht als definitives Urteil über den Theoretiker Karl Marx gelten lässt, ist für den Papst nach »Centesimus annus« jeder Gedanke an eine Systemkritik oder -alternative zu verwerfen bzw. verwerflich.

Benedikt: »Der Markt ist an sich nicht ein Ort der Unterdrückung des Armen durch den Reichen und darf daher auch nicht dazu werden. Die Gesellschaft muss sich nicht vor dem Markt schützen, als ob seine Entwicklung ipso facto zur Zerstörung wahrhaft menschlicher Beziehungen führen würde.« (Nr. 36) Nun ist der Arbeitsmarkt, auf dem Menschen, die nichts als ihre Arbeitskraft besitzen, auf Kapitaleigner und deren Interesse an der Anwendung fremder Arbeit stoßen, die unmittelbare Widerlegung der positiven Wertung. In diesem Markt trifft eine existenzielle Notlage auf eine

geschäftliche Kalkulation, die den Einsatz von Arbeit am Kriterium der Rentabilität misst und entsprechend den Lohn als eine zu begrenzende Größe behandelt, eventuell auf den Ankauf von Arbeitskraft verzichtet oder angewandte »freisetzt«. Die Senkung der Lohnkosten ist, wie auch die aktuellen Sanierungsfälle belegen, ein vorrangiges Mittel, die Ertragslage von Unternehmen zu stärken, damit sie sich angesichts der Konkurrenz, die dasselbe macht, behaupten können. Die katholische Soziallehre hat diese Konstellation von Anfang an als ein gesellschaftliches Zentralproblem betrachtet und sowohl auf dem Recht der gewerkschaftlichen Gegenwehr wie der Notwendigkeit staatlicher Eingriffe bestanden – was ihr ebenfalls von Anfang an den Verdacht sozialistischer Parteilichkeit eingebracht hat. Damit hat sie bestätigt, dass der Markt, zumindest an dieser Stelle, »ipso facto« für die Lebensinteressen der arbeitenden Menschheit zerstörerisch und nur für das Gewinninteresse der Arbeitgeber förderlich wirkt, dass also erst durch eine Zusatzveranstal-

tung der Markt dazu gezwungen wird, »menschliche Beziehungen« zuzulassen. Ein Zwang übrigens, der durchaus im Interesse der Marktwirtschaft liegt, wie die Arbeiterbewegung ihren Kontrahenten in langen Kämpfen klar gemacht hat: Der Staat tritt, angestoßen durch gewerkschaftliche Gegenmacht, als »ideeller Gesamtkapitalist« (Friedrich Engels) in Erscheinung, gebietet der kapitalistischen Selbstzerstörung Einhalt und gewährleistet den Systemerhalt.

Diese Tradition ist Benedikt XVI. natürlich bekannt. Die Gewerkschaften werden in seiner Enzyklika erwähnt, doch ist auch hier eine eigentümliche Veränderung bei der Aufgabenbestimmung festzustellen: »In Überwindung der eigenen Grenzen der kategorialen (?) Gewerkschaften sind die Gewerkschaftsorganisationen dazu aufgerufen, sich um die neuen Probleme unserer Gesellschaft zu kümmern: Ich beziehe mich z.B. auf die Gesamtheit der Fragen, die die Sozialwissenschaftler im Konflikt zwischen Arbeitnehmer und Konsument ermitteln« (Nr. 64). Woran der Papst hier denkt, ist etwas unklar (Lohn-Preis-Spirale?). Klar ist aber eins: »Die Verteidigung der Interessen der eigenen Mitglieder« hat nur noch untergeordnete Bedeutung, sie muss sich an vielerlei Dingen relativieren, so an der Existenz noch ärmerer Menschen, »der ausgebeuteten und nicht vertretenen Arbeitnehmer« anderswo, die es im Zeitalter der Globalisierung reichlich gibt.

Die Globalisierung

Die Arbeitnehmer hierzulande haben also den Gürtel enger zu schnallen aus Solidarität mit ihren armen Kollegen weltweit. Es ist interessant, dass die Enzyklika die Schattenseiten der Globalisierung gerade in einem solchen Kontext zur Sprache bringt. Sonst ist das G-Wort meist positiv besetzt, wie man es etwa aus den Jahren der rotgrünen Regierung kennt, als Kanzler Schröder, dem die Globalisierung keine Alternative ließ, moderne Wirtschaftspolitik im internationa-



Im Dienst der Menschen | Buchhaltung – Sarah Smeets, Simone Gramms, Iris Ekens (v. re.)

Foto: Sommer

len Standortwettbewerb machen wollte und dazu einen Umbau des Sozialstaats in die Wege leitete. Globalisierung galt als Verheißung eines nationalen Aufstiegs, für den die sozialen Opfer gern zu bringen und gut angelegt seien. Inzwischen, ein Jahrzehnt später, nach internationalen Hunger- und Elendsberichten und nationaler Armuts- und Reichtumsberichterstattung, nach einigen Finanz- und Wirtschaftskrisen, nach der Diagnose der industriell verursachten Klimakatastrophe, hat sich die Tonlage geändert.

Aber nicht bei Benedikt. »Die Explosion der weltweiten wechselseitigen Abhängigkeit, die inzwischen unter der Bezeichnung ›Globalisierung‹ allgemein bekannt ist, ... war der Hauptantrieb für das Heraustreten ganzer Regionen aus der Unterentwicklung und stellt an sich eine große Chance dar.« (Nr. 33) Ähnlich wie bei Marktwirtschaft und dazugehörigem Finanzwesen, die als »an sich gute Mittel« (Nr. 36) eingestuft werden, soll als Erstes die grundsätzliche Güte dieses Sachverhalts gelten. Dass die Globalisierung heute nicht nur eine »Chance«, also eine Möglichkeit, sondern eine Wirklichkeit ist, die man beurteilen könnte, dass seit rund 20 Jahren, seit die Globalisierungsrhetorik en vogue ist, eine ganze Bibliothek zur Kritik an dieser neuesten Sachzwangsideologie und des damit etikettierten Weltzustandes entstanden ist, wird dabei vornehm übersehen. Aber verschwiegen werden die Kosten und Opfer dieses Prozesses nicht.

Dass es arme Länder gibt, dass ihre Armut sich teilweise verschlimmert hat, spricht der Papst aus. Doch ist auch hier der Kontext bemerkenswert. Ganz dem »neoliberalen« Zeitgeist



Im Dienst der Menschen | Das Team von der Suppenküche

Foto: Sommer

der letzten Jahrzehnte verpflichtet – »Trade, not aid« hieß es bereits in der Clinton-Ära –, wird zunächst das Misstrauen in die Leistung der Entwicklungshilfe bestätigt: Diese könne »jenseits der Absichten der Geber mitunter ein Volk in einer Lage der Abhängigkeit halten oder sogar Situationen von lokaler Herrschaft und Ausbeutung begünstigen« (Nr. 58). Armut kommt von Almosen, könnte man zugespitzt zu dieser Analyse sagen. Die Entwicklungszusammenarbeit soll aber nicht eingestellt werden, denn dem steht das Solidaritätsprinzip entgegen. Es verlange weiterhin Hilfsleistungen der entwickelten Staaten, die ihre internationalen Verpflichtungen einhalten sollen. »Sie können dies u.a. durch eine Revision der Politik der Fürsorge und sozialen Solidarität in ihrem Innern tun, indem sie das Prinzip der Subsidiarität anwenden und besser integrierte Systeme sozialer Vorsorge mit aktiver Teilnahme der Privatpersonen und der Zivilgesellschaft schaffen« (Nr. 60).

Im Klartext: Der Abbau des Sozial-

staates in den Industrienationen – es geht ja explizit darum, »Geldmittel zu sparen« (Nr. 60) –, der bislang als wirtschaftspolitische Notwendigkeit im weltweiten Standortwettbewerb zur Senkung der Lohn(neben)kosten dargestellt wurde, erfährt hier eine weitere sozialethische Legitimation. In den reichen Ländern gibt es viele arme Leute; die sozialen Transferleistungen dokumentieren diese Armut, denn von sich aus verfügen die Betroffenen über keine Mittel, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Armen, die mit ihrer aktiven Teilnahme im Wirtschaftsleben gescheitert sind, sollen auf sich selbst und mildtätige Organisationen alias »Zivilgesellschaft« verwiesen werden, damit man an ihrem Lebensstandard weitere Kosten einsparen kann. Und das Ganze wird zudem als eine der wegweisenden »Lösungen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise« (Nr. 60) vorgestellt. In der Tat, hier hat ein Papst, via et ratione et in veritate, das Soziale neu gedacht.

ZU DEN BILDERN IN DIESEM HEFT

»Im Dienst der Menschen« zeigt Mitarbeitende des Caritasverbands für die Stadt Oberhausen in ihren verschiedenen Tätigkeitsfeldern. Von der Suppenküche bis zur Jugendhilfe, von der Arbeit mit psychisch Kranken bis zur Wohnungslosenhilfe. Die Fotos stellen dabei bewusst die handelnden Menschen in den Vordergrund, die mehr als nur einen normalen Job tun, sondern sich ganz ihrer sozialen Aufgabe widmen.

Titelbild: Christiane Beusing – Großküche Wohnungslosenhilfe (Foto: Sommer)